



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

AKTUELLE POLITISCHE ENTWICKLUNGEN

- **ANALYSE**
Republik, Rebellion, Revanche
Jarosław Flis, Krakau 2
- **ANALYSE**
Budapest in Warschau? Regierungsfreundliche Mobilisierung in Polen und in Ungarn
Mateusz Fałkowski, Warschau 7
- **TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT**
Einstellungen zur neuen Regierung 11

- **CHRONIK**
1. Dezember 2015 – 18. Januar 2016 19

*Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung
der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit*



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT

DEUTSCHES
POLEN
INSTITUT



Forschungsstelle
Osteuropa

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Republik, Rebellion, Revanche

Jarosław Flis, Krakau

Zusammenfassung

Politik, Medien und Gesellschaft in Polen sind gespalten. Glaubt man den überspitzten Narrationen, dann kämpfen in Polen die »Partei der Diebe« und die »Partei der Verrückten« schon seit einem Jahrzehnt um die Macht. Seit den Wahlen 2015 stellt *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) nun den Präsidenten, die Regierungspartei und die absolute Mehrheit im Sejm. Das angestrebte »Durchregieren« erweist sich dennoch als schwierig. *PiS* sieht sich nicht nur mit der Opposition von *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*) und *Modernen* (*Nowoczesna*) konfrontiert, sondern auch mit politischen Flügeln innerhalb von *PiS*, die der Autor als Strömung der Republik, der Rebellion und der Revanche identifiziert. Die Aktivitäten von *PiS* führten zu einem erheblichen Anstieg der Spannungen nicht nur in der Politik, sondern auch in der Gesellschaft sowie mit der Europäischen Union. Die Regierungspartei setzt dem die Überzeugung entgegen, dass die Schlüsselprobleme und -konflikte rasch gelöst werden müssen, um anschließend die Zeit und die Freiheit zu haben, gesellschaftliches Vertrauen aufzubauen. Das kann sich als Fehl kalkulation erweisen, doch auch aufdringliche Belehrungen von Seiten europäischer Institutionen können nicht kalkulierte Folgen nach sich ziehen.

Die Einordnung der politischen Bühne in Polen, das heißt eine Beschreibung, die für ihre Hauptakteure akzeptabel wäre, ist sowohl im Hinblick auf ihre Beteiligten wie auch die externen Beobachter schwierig. Das liegt an zwei Faktoren, die miteinander verknüpft sind. Erstens: Die politische Einteilung in Polen seit dem Jahr 2005 verläuft quer zu dem, was in den großen Ländern der Europäischen Union als normal erachtet wird, nämlich die Einteilung in das linke und das rechte politische Spektrum. Diese Einteilung ist auch in Polen in den Vorstellungen von Politik fest verankert, auch wenn die Wirklichkeit nicht richtig dazu passt. Wenn wir unter dem rechten Spektrum eine Gruppierung verstehen, die eine größere Rolle der Gemeinschaft im Bereich des Lebensstils und der Identität sowie eine geringere Rolle des Staates auf dem Gebiet der Wirtschaft einfordert, dann ist keine der polnischen parlamentarischen Parteien rechts. Insbesondere ist die Einstellung von *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) zur Wirtschaft zweifellos weniger rechts als die Haltung der *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*) oder von *Die Moderne* (*Nowoczesna*). Auch gehört keine von ihnen zum linken Spektrum, wenn man darunter versteht, dass die Rolle der Gemeinschaft bei Themen des Lebensstils und der Identität in Frage gestellt und angestrebt wird, die Rolle des Staates als Werkzeug der Einkommensverteilung zu stärken und zweifelhafte Folgen der Aktivitäten des Marktes einzudämmen. Weil aber in den Kategorien, die zum Beispiel im Europäischen Parlament angewendet werden, die *PO* als Mitte-Rechts-Partei gilt, wird *PiS* als Partei der »extremen Rechten« eingeordnet. Dies ist keine adäquate Identifizierung, sie trifft nicht den Kern des Konflikts zwischen dem »libe-

ralen Polen« und dem »solidarischen Polen«. So wie der eine Pol des polnischen politischen Spektrums diejenigen anzieht, die für eine Beschränkung der Rolle der Gemeinschaft sowohl in der Wirtschaft als auch im Bereich des Lebensstils sind, so finden sich am anderen Pol diejenigen, die im Namen der Gemeinschaft die Rolle des Staates in der Wirtschaft sowie im Bereich der Familien- und der Geschichtspolitik stärken wollen. Diese Darstellung ist zwar eine große Vereinfachung, aber es ist dies die geringste Vereinfachung, die nicht völlig inadäquat und jenseits der Realität ist.

Das Wrestling der »Diebe« und der »Verrückten«

Die Entfernung von der Realität wird auch durch einen anderen Faktor beschleunigt, nämlich eine gewisse Theatralisierung des Konflikts. Der polnische Streit erinnert an Wrestling – die Argumente und Gesten sind in der Regel deutlich stärker als die tatsächlichen Handlungen. Die Rhetorik bauscht die Meinungsunterschiede, die Absichten und die Selbstdefinition der Konfliktseiten übermäßig auf. Dies ist auf den sozialen Hintergrund der hier thematisierten Einteilung zurückzuführen. Die modellhafte politische Einteilung in links und rechts, die Anfang des 20. Jahrhunderts geprägt wurde, verläuft entlang der sozialen Leiter, sie teilt sowohl die Gruppe der Pförtner als auch die der Professoren. Beide politischen Kräfte haben ihre Mittel und Möglichkeiten, alle gesellschaftlichen Schichten zu erreichen, wenn auch nicht in gleichem, so doch in vergleichbarem Maße. In völligem Gegensatz dazu steht die Teilung, die quer zur sozialen Leiter verläuft, wenn also eine Partei von »den« Professoren und die anderen von »allen« Pförtner unterstützt wird. Auf diese Weise werden gesell-

schaftliche Teilungen gewöhnlich von populistischen Bewegungen dargestellt. Die Antwort der »alten Parteien« darauf ist häufig, eine große Koalition zu bilden, die die grundsätzlichen Teilungen mit dem gemeinsamen Ziel zurückstellen soll, dass die als populistisch bestimmte Gruppierung nicht an die Regierungsmacht kommt. Eine solche Koalition bestätigt gewissermaßen die Thesen der Opponenten. Sie kann sich trotzdem erfolgreich an der Macht halten, wenn sie in der Lage ist, auf die realen Probleme der Mehrheit der Wähler zu reagieren, und wenn sie mit ihren Handlungsstandards nicht die Vorwürfe der Anti-Establishment-Bewegungen bestätigt.

Die Rhetorik des »wir sind die Repräsentanten der gewöhnlichen Polen, die gegen den Missbrauch von Seiten der Eliten kämpfen« ist Teil der Narration von *PiS*. So etwas wie eine große Koalition wurde die *PO* im Jahr 2005. Sie – und insbesondere ein Teil ihrer medialen und gesellschaftlichen Verbündeten – hatten nichts dagegen, die grundsätzliche Trennungslinie als eine solche darzustellen, die quer zur sozialen Leiter verläuft. Sie versuchte, daraus Kraft zu schöpfen, dass sie den »besseren« Teil der Gesellschaft repräsentiert. Die Quintessenz dessen war die Einteilung in »rationale« und »radikale« Polen, die von Präsident Bronisław Komorowski im Präsidentschaftswahlkampf 2015 suggeriert wurde. Diese Strategie führte allerdings zu einer Niederlage. In der Realität verläuft nämlich die Trennung zwischen dem »liberalen Polen« und dem »solidarischen Polen« weder ideal entlang der sozialen Leiter noch quer zu ihr – sondern schräg. Auch wenn unter der Professorenschaft die Anhänger des »liberalen Polen« und unter den Pförtner die des »solidarischen Polen« überwiegen, ist das Übergewicht dabei nicht vernichtend. Es reicht allenfalls dafür, Stereotype, Unverständnis und das Gefühl des Unrechts zu pflegen, jedoch birgt es keine Chance, die Konflikte eindeutig zu entscheiden und die unumstößliche Unterstützung, sei es der »Eliten« oder des »Volks«, zu erlangen. Für diejenigen, die sich in der Mitte der sozialen Leiter aufhalten, hat keine der politischen Kräfte eine große Überlegenheit. Dennoch lassen beide politischen Kräfte nicht nach, die emotionale Beteiligung ihrer Anhänger zu entfachen. Glaubt man beiden extremen und überspitzten Narrationen, dann kämpfen in Polen die »Partei der Diebe« und die »Partei der Verrückten« um die Macht. Zweifellos fassen beide Parteien die Bezeichnung über sich als Unrecht auf, für den anderen aber als Beschreibung, die »nicht weit von der Realität entfernt« ist. Das wiederum rechtfertigt, ein möglichst breites Repertoire an Mitteln aufzubieten, um sich den daraus ergebenden Gefahren entgegenzustellen. So gehen beide Seiten auf modellhafte Weise ihrer eigenen Rhetorik in die Falle.

Der Kampf von PiS gegen Institutionen und Establishment

Bei der gesellschaftlichen Basis beider politischen Lager ist ein kompliziertes Motivationsgeflecht festzustellen. Schlüsselbedeutung hat hier die Situation des Wahlsiegers *PiS*. In ihr verflochten sich in der Wahrnehmung der polnischen Politik und ihrer Institutionen drei Strömungen, die der Republik, die der Rebellion und die der Revanche. Schon die Reihenfolge ihrer Nennung ist eine unsichere Angelegenheit, die sich abhängig von der Position des Beobachters unterscheidet, und vielleicht werden manche Gruppen gar vollkommen übergangen. Hält man sich jedoch an den Grundsatz, dass die Beschreibung für die Akteure selbst akzeptabel sein sollte, muss als erstes die Gruppe mit republikanischer Einstellung genannt werden. Das sind diejenigen, die um den Zustand der staatlichen Institutionen in Polen besorgt und daran interessiert sind, ihnen den demokratischen Modellcharakter zurückzugeben. Bisher war dieser Charakter ihrer Meinung nach vom Establishment missachtet worden. In ihrer Interpretation haben sich die Institutionen, die über das Gemeinwohl wachen sollen, vor allem um die Interessen privilegierter Gruppen gekümmert, insbesondere derjenigen, die ihre Position zu Beginn der Transformation kraft der Vereinbarung der Eliten des alten Regimes und der *Solidarność*-Linien aufgebaut haben.

Ursprung der Einstellung der zweiten Gruppe, der rebellischen, ist die allgemeine Unzufriedenheit mit dem Stand der Dinge. Sie wird in Form eines schlichten, eingleisigen Protests gegen die existierenden Institutionen und das bestehende Establishment operationalisiert, denn wenn diese für den Status quo verantwortlich sind, dann führt ihre Auflösung und Absetzung zu einer Verbesserung der Situation. Es gibt keinen konkreten Plan, aber es herrscht die Überzeugung, dass man auf jeden Fall das »Establishment-Institutionen-Geflecht« zerschlagen müsse und dann werde sich schon alles irgendwie fügen. Erst auf den Trümmern der Institutionen könne man neue Lösungen erarbeiten, denn so wie es ist, dürfe es nicht bleiben, auch wenn das Ausmaß der Veränderung und ihre Richtung noch nicht präzisiert sind. Das Schlüsselmotiv ist die Verbesserung der Lage der Menschen mit sozial niedrigerem Status, derer sich die dominierenden Eliten nicht nur nicht annähmen, sondern sie profitierten auch von diesem Zustand.

Die dritte Strömung, die der Revanche, stellt die bestehenden Institutionen und ihre Gestalt nicht in Frage, sondern nur deren personelle Besetzung. Hier herrscht die Überzeugung vor, dass die Institutionen grundsätzlich so bleiben können, allerdings unter der Bedingung, dass wir sie leiten und nicht unsere politischen Gegner. Es gibt im Lager der Wahlsieger keine

Kraft, die tatsächlich Werte vertreten würde, die der Demokratie als solcher widersprechen würden. Aus ihrer eigenen Perspektive sind alle unternommenen Schritte nur eine Antwort auf die Missachtung der Standards von Seiten der Gegner. Sie nehmen dabei allerdings nicht wahr, dass eine solche Logik – entgegen ihren eigenen Intentionen – langfristig eine Gefahr für die Demokratie darstellt, denn sie lässt zu, dass mit demokratischen Bekenntnissen auf den Lippen und sicherlich auch im Herzen weitere Grenzen des politischen Anstands überschritten werden. Wenn sich nämlich hinter dieser Logik das Prinzip verbirgt, dass »eure Schlechtigkeiten unsere Schlechtigkeiten rechtfertigen«, dann fehlt die Motivation, die Eskalation des Konflikts zu beenden. Aktuell scheinen alle politischen Kräfte Geiseln der Dynamik der Situation zu sein.

Das Kräfteverhältnis zwischen der Opposition und dem Sieger *PiS* sowie ihrem Umfeld ist das Ergebnis des Verlaufs der beiden großen Wahlen im Jahr 2015, der Präsidentenwahlen und der Parlamentswahlen. Der Präsidentenwahlen, die eine überraschende Entscheidung mit sich brachten und die ganze Dynamik der Ereignisse und der Parlamentswahlen auslösten, die im Ergebnis sehr viel eindeutiger waren als die Erklärungen, wie es dazu gekommen ist. *PiS* erlangte die absolute Mehrheit im Sejm nach dem vorangegangenen Sieg in den Präsidentenwahlen und kontrolliert somit die Hauptzentren der Macht. Sie stößt allerdings auf eine Reihe von Problemen, so wie sie selbst ebenfalls Probleme auslöst, was damit zusammenhängt, wie die Machtstrukturen in den vergangenen 25 Jahren gestaltet worden sind.

Parteiinterne Strömungen im Ungleichgewicht

Mit Sicherheit haben die Wahlergebnisse keine eindeutige Lösung der Probleme mit sich gebracht, die bereits nach den Präsidentenwahlen auftraten (siehe [Polen-Analysen Nr. 165](#) desselben Autors). Es geht dabei um die Frage, ob *PiS* eine normale Oppositionspartei sein soll, die um den Wähler der Mitte kämpft, der von der Regierungsfähigkeit der bisherigen Machthaber enttäuscht ist, oder ob sie die Kernwählerschaft mobilisieren soll, die nicht nur von der gegenwärtigen Situation und dem Zustand der Regierung hinsichtlich allgemeiner Standards enttäuscht ist, sondern hinsichtlich fundamentaler Unterschiede in den Werten, die diese Wähler wahrnehmen. Die Frage ist, ob bei *PiS* die republikanische Strömung oder doch die rebellische Strömung gewinnen wird. Die Frage ist auch, auf welche von beiden die Strömung der Revanche setzen wird, für die die Wahl zwischen jenen beiden eine Frage der Taktik und nicht der Strategie ist. Diese Verflechtung der Dilemmata wurde noch nicht gelöst.

Die Aufstellung Beata Szydło als Kandidatin für das Amt der Ministerpräsidentin war ein Signal, das die republikanische Strömung und eine Wende zum Wähler der Mitte akzentuierte. Einerseits erwies sich dies als großer Erfolg im Bereich des politischen Marketings, andererseits führte es in der *PiS* selbst zu wesentlichen Spannungen. Es zeigte sich, dass Beata Szydło zwar nicht die Führungs- und Kommunikationsfähigkeiten hat, um eine unumstößliche Konkurrenz für Jarosław Kaczyński als Parteichef darzustellen, und dennoch hat die Besetzung dieser Position mit Beata Szydło unvermeidlich eine solche Konkurrenzsituation kreiert. Aus der Perspektive von Jarosław Kaczyński und seiner engsten Mitarbeiter, die die Situation in der *PiS* kontrollieren, sowie der verbündeten Parteien (die Gruppierungen um Zbigniew Ziobro und Jarosław Gowin) entstanden hier eine erhebliche Spannung und ein sehr zerbrechliches Gleichgewicht. Einerseits war Beata Szydło nicht in der Lage, Jarosław Kaczyński zu entthronen und zu ersetzen, indem sie ihre eigenen Unterstützer mobilisierte und deren Kräfte und Integrität aufbaute. Andererseits war sie aber doch so stark, dass man sie nicht mehr loswerden konnte, auch wenn es an solchen Ratschlägen nicht mangelte. Aus der Perspektive der alten Akteure bedrohte Beata Szydło deren bisherige Position und brachte ein Element der Unsicherheit ein. Daraus ergab sich ein Spiel auf vielen Feldern, was sowohl im Wahlkampf als auch bei der sich anschließenden Regierungsübernahme manifest wurde. In diesem Spiel differenzierten sich die Beziehungen im Dreieck Jarosław Kaczyński – Beata Szydło – Andrzej Duda stark aus. Zusätzlich verkomplizieren sie sich durch andere Akteure, alte Mitarbeiter des Parteivorsitzenden, die Hauptströmung innerhalb der *PiS* und Gruppierungen um die Partei herum (verbündete Parteien, befreundete Medien usw.). Auf der einen Seite trat hier der absolut eindeutige und überraschende Wahlerfolg ein, der sich aus einer Reihe von außergewöhnlich günstigen Umständen ergab. Auf der anderen Seite erfolgte eine sehr dynamische Formierung der Beziehungen innerhalb des gesamten Lagers. Die Regierungsbildung, die Festlegung der Beziehungen zwischen Partei und Fraktion, zwischen Regierung und Präsident, all das fand in sehr großer Unsicherheit statt und führte zu erheblichen internen Konflikten.

Alles weist darauf hin, dass Jarosław Kaczyński nach dem Sieg die Initiative im ganzen Lager übernahm und dies aus den persönlichen Beschränkungen von Beata Szydło und Andrzej Duda resultierte. Dabei handelt es sich nicht um Schwächen in einem solchen Ausmaß, dass sie in absehbarer Zukunft vom Verlust ihres Amtes oder ihrer Position bedroht wären. Nichtsdestotrotz kam es zu einer deutlichen Schwächung der republikanischen Strömung zugunsten der Strömungen der Rebel-

lion und der Revanche. Besonders deutlich wird dies bei der Positionierung von *PiS* in Parlamentsdebatten und in der Darstellung der Situation aus der Perspektive der Opposition.

Alle drei Strömungen in der *PiS* bilden zurzeit recht unkalkulierbare Konfigurationen. Mehr oder weniger bewusst, reflektiert und ehrlich sind sie in den Aktivitäten rund um das Verfassungsgericht oder auch die öffentlichen Medien präsent. Insbesondere am Beispiel des Verfassungsgerichts lassen sich die unterschiedlichen Strömungen aufzeigen. Aus der Sicht der republikanischen Haltung sollte dem Gericht seine modellhafte Rolle insofern wiedergegeben werden, als es bisher vom Establishment ausgenutzt wurde, um Vorhaben zu behindern, die gegen das Establishment gerichtet waren. Die rebellische Herangehensweise geht davon aus, dass das Verfassungsgericht überhaupt nicht notwendig ist. Es ist nur das Symbol des früheren Establishments, das dessen Dominanz im institutionellen Geflecht unterstützt. Es sollte grundsätzlich nicht die Rolle des Souveräns, der in den Wahlen bestimmt wird, beschränken, denn – so die Vermutung – »wir«, und nicht die Eliten, werden immer die Vertreter des Volkes sein. Die dritte Position besteht darin, dass, so wie früher das Verfassungsgericht von der parlamentarischen Mehrheit kontrolliert wurde, »wir« jetzt die Mehrheit im Verfassungsgericht ausüben sollen. Das Geflecht dieser Strömungen hat sich bisher noch nicht entwirrt und die Angelegenheit des Verfassungsgerichts befindet sich in einer Pattsituation. Es ist vorstellbar, dass die von diesem Konflikt erschöpften Seiten sich zusammensetzen und eine Lösung finden werden, die nach Möglichkeit für alle akzeptabel sein wird. Ebenso ist denkbar, dass sich die Pattsituation hinziehen und eine der Seiten schließlich dank juristischer Tricks oder schwindender Entschlossenheit der anderen Seite Erfolg haben wird. Es ist schwierig, zu ergründen, welcher der drei Motivationen sich das Lager der Wahlsieger bei seinen Initiativen zum Verfassungsgericht bedient hat. Mehr noch – welche der Motivationen offenlag und welche verschleiert wurde und ob die Anhänger einer bestimmten Position einfach von der Dynamik des Geschehens gesteuert wurden und von der Loyalität zur Partei dazu verurteilt waren, die Lösungen zu akzeptieren, die ihren Erwartungen und Vorstellungen entgegenstanden.

Einfluss auf das Gleichgewicht der Strömungen innerhalb der *PiS* hat auch, dass *Kukiz '15* in den Sejm eingezogen ist, die selbst feindlich gegenüber den Institutionen der Demokratie und dem Establishment in ihrer bisherigen Gestalt eingestellt ist und der die rebellische Haltung eindeutig am nächsten liegt. Die Anwesenheit von *Kukiz '15* schwächt eindeutig die republikanische Strömung bei *PiS*. Theoretisch könnten die Strömung

der Revanche und die der Rebellion die republikanische Strömung entbehren und sie mit Politikern aus der Bewegung *Kukiz '15* ersetzen. Das wäre politisch sicherlich kostspielig und es wäre nicht klar, wie sich das weitere Geschehen entwickeln würde. Allerdings ist dies eine der Möglichkeiten, die der republikanische und gemäßigte Flügel in der *PiS* in Betracht ziehen muss.

Die Arroganz der PO, der Druck der EU

Die Opposition hat die Tendenz, schrille Töne anzuschlagen; in ihrer Beschreibung ist die Politik von *PiS* eine Gefahr für die Demokratie, wofür die Angelegenheit des Verfassungsgerichts ein Beispiel ist. Die Situation ist hier allerdings insofern uneindeutig, als die Manöver um das Verfassungsgericht herum infolge der Entscheidungen der vorangegangenen Regierungskoalition einsetzten, die offenkundig im Widerspruch zu den in Polen etablierten Regeln standen. Entgegen den Regeln hatte sie zusätzliche Verfassungsrichter gewählt und damit den Streit eröffnet. Das Lager von *PiS* vertritt die Meinung, dass dieses Vorgehen seine eigenen Maßnahmen vollkommen rechtfertigt und seine Maßnahmen dadurch begründet sind, dass die *PO* mit der Demontage der Institutionen begonnen hat. Die Gegenseite dagegen findet, dass – auch wenn sie sich zu den Fehlern bekennt – dies nicht die Schritte rechtfertigt, die *PiS* unternommen hat. Abgesehen von der Frage der Rechtfertigung der Vorgehensweise von *PiS* tritt hier das Problem der tatsächlichen Rechtskraft auf. Ein Teil der bisherigen Standards und vernünftigen Vorstellungen wird ignoriert und ein Teil bleibt weiterhin wirksam. Dabei ist immer noch nicht sicher, ob *PiS* in der Lage sein wird, den Kampf zu gewinnen, selbst wenn sie einen Teil der Regularien aufgeben wird, zumal die Regeln nach wie vor als verbindlich gelten. So gesehen ist das Ergebnis nicht sicher, denn bereits im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Urteils des Verfassungsgerichts wurde deutlich, dass auch die Siegerpartei mit ihrer Mehrheit keine vollkommene Handlungsfreiheit besitzt und es nach wie vor elementare Regeln gibt, an die auch sie sich halten muss. Dessen ungeachtet weisen die geltenden Regeln enorme Lücken auf, die nun Anlass für weitere Konflikte sind.

Die Aktivitäten von *PiS* führten zu einem erheblichen Anstieg der Spannungen nicht nur innerhalb der politischen Klasse, sondern auch in breiten Teilen der Gesellschaft. Auch wenn die Anhänger von *PiS* der Meinung sind, dass diese Stimmen übertreiben und die Urteile der anderen Seite ungerecht oder schlichtweg inadäquat sind, ist doch allein die Tatsache, dass dieser Art Angelegenheiten erläuterungsbedürftig sind, eine Belastung für jede Regierungsmehrheit. Hinzu kommt, dass die Lage auch insofern unklar ist, als *PiS*

der Vorgängerregierung Arroganz vorwarf, aber nun in ihren Aktivitäten mindestens genauso viel Arroganz an den Tag legt wie ihre Vorgänger. Auf der anderen Seite hat die jetzt aktuelle Opposition damals, als ihr in der Regierungsfunktion von *PiS* der Vorwurf gemacht worden war, eine Gefahr für die Demokratie zu sein, von Hysterie und Übertreibung gesprochen. Heute benutzt sie ähnliche Argumente wie damals *PiS*. Letztlich ist es nicht leicht vorherzusehen, wie der Konflikt enden wird, wenn beide Seiten die Fehler der Vorgänger wiederholen. *PiS* muss durchaus mit einer Niederlage in den kommenden Wahlen rechnen, hier unterscheidet sich die Situation in Polen von der in Ungarn. Die Opposition ist nicht in kooperationsunfähige Teile zerspalten und die Unterstützung für das Regierungslager ist deutlich niedriger als im Falle von *Fidesz* in Ungarn.

Ein Unsicherheitsfaktor auf Seiten der Opposition sind die Beziehungen zwischen der *Bürgerplattform* und der neuen politischen Kraft *Die Moderne*, die in manchen Umfragen die *PO* bereits überholt und die Führung eingenommen hat, obwohl sie in den Parlamentswahlen nur 7,6 Prozent erhalten hatte und ihre Fraktion sehr klein ist. Sie profitiert von der Aura des Neuen und davon, dass sie nicht die Lasten der Vorgängerregierungen trägt. Hinzu kommt die Tatsache, dass es in der *PO* nicht zu einer radikalen Veränderung an der Spitze gekommen ist. Dass Grzegorz Schetyna nun die Parteiführung übernommen hat, ist allein aus Sicht der *PO* ein radikaler Wandel, jedoch nicht aus der Perspektive externer Beobachter. Nur weil seine Position seit dem Jahr 2009 systematisch untergraben wurde und er der Hauptgegensepieler von Donald Tusk und Ewa Kopacz war, bedeutet diese Entwicklung nicht eine tatsächliche Veränderung für die potentiellen Wähler. Zwar handelt es sich um einen gewissen Umbruch für die *PO*, aber in Bezug auf das Vertrauen, was es bei den Wählern wiederzugewinnen gilt, ist es das nicht. Dafür wäre wahrscheinlich eher jemand geeignet, dessen Verbindungen zu den *PO*-Regierungen in den letzten acht Jahren weniger eindeutig gewesen waren. Grzegorz Schetyna, ehemaliger stellvertretender Ministerpräsident, Sejmmarschall und Außenminister, ist kein neuer Akteur in der Politik und die Prämie für »Neuheit« erhält Ryszard Petru (*Die Moderne*), der vorher nicht auf der politischen Bühne präsent war. Eine andere Frage ist die unsichere Situation der Linken hinsichtlich ihrer Niederlage bei den Parlamentswahlen und ihrer internen Veränderungen.

Ein wesentliches Problem sind für die polnische politische Bühne die Versuche der Europäischen Union zu intervenieren. Die europäischen Institutionen sind in Polen eine wichtige Autorität, die nun gerade untergraben wird. Jahrelang war Polen ein Land, in dem die

Mehrheit der Bürger den EU-Institutionen mehr vertraute als ihren eigenen. Allerdings hat die europäische Flüchtlingskrise die Autorität der europäischen Institutionen in Polen enorm geschwächt. Auch wenn sie fortbestehen sollte, muss diese Autorität nicht für alle gleichermaßen Gültigkeit haben. Aus der Tatsache, dass die, die die Regierung eindeutig negativ beurteilen, hoffnungsvoll auf die europäischen Institutionen und den internationalen Druck auf die polnische Regierung schauen, erfolgt nicht unbedingt, dass der Druck auch Wirkung zeitigt. Vorstellbar ist auch der umgekehrte Effekt. Es lässt sich hier das Beispiel Ungarn anführen, wo der äußere Druck weniger die Korrektur der Politik bewirkte, sondern vielmehr den Glauben an die Realität der Welt der gemeinsamen Werte in Frage stellte. Die Berufung auf gemeinsame Werte erfordert die Sicherheit, dass sie tatsächlich gemeinsam sind, sowie die Achtung der Werte, die für die andere Seite wichtig sind. Ein Schaden für die beiderseitigen Beziehungen kann durch die Haltung der Überlegenheit herbeigeführt werden sowie durch aufdringliche Belehrung, kombiniert mit einem Mangel an Verständnis, worin das Problem für den anderen besteht. Eine reale Gefahr für die liberale Demokratie ist die Überzeugung, dass sie darauf beruht, dass immer die Liberalen Recht behalten müssen.

Irrungen und Wirrungen von PiS

Zweifellos ist *PiS* von ihrem Wahlerfolg berauscht. Sie beging, auch was die Taktik betrifft, einige Ungeschicklichkeiten, wenn nicht sogar große Fehler. Sogar unter ihren Anhängern wuchsen große Zweifel an dem Sinn ihrer Strategie. Sie hat sich in Situationen verrannt, aus denen sie schlecht wieder herauskommt, wenn sie das Gleichgewicht zwischen den einzelnen Strömungen halten will. Das kann dazu führen, dass in Verbindung mit unwiderruflichen Fehlern bei der Regierungstätigkeit und zu vielen neuen Konfliktfeldern die Unterstützung für sie brüchig wird. Manche Entscheidungen, zum Beispiel die Rücknahme der Reform des Einschulungsalters, werden mit Sicherheit ernstzunehmende Probleme auf lokaler Ebene hervorrufen, was wiederum die Umfragergebnisse für das Regierungslager beeinflussen wird. Hinzu kommt, dass die Gegner mobilisiert wurden und obwohl ein Teil ihrer Aktivitäten ebenfalls Zweifel weckt hinsichtlich ihres adäquaten Charakters und, noch wichtiger, ihrer Wirksamkeit, dem Regierungslager Einhalt zu gebieten, könnte *PiS* dieselbe Sünde begehen, die die *PO* den Sieg kostete: Die Überzeugung, dass es niemanden gibt, gegen den man verlieren könnte, und dass der Erfolg bei den nächsten Wahlen selbstverständlich ist, wenn es vorher nur gelingt, die sozialen Wahlversprechen einzulösen. So herrscht im Regierungslager die Überzeugung, dass die Schlüsselprobleme und -konflikte rasch

gelöst werden müssen, um anschließend die Zeit und die Freiheit zu haben, gesellschaftliches Vertrauen aufzubauen. Das kann sich als Fehlkalkulation erweisen. Das Übermaß an Konflikten beschränkt die Wirksamkeit der Handlungen. Es vermehrt die Feinde, was den gesellschaftlichen Widerstand gegen konkrete Schritte vergrößert. Zusätzlich erschüttert es die Selbstsicherheit in den eigenen Reihen, was ebenfalls die Entschlossenheit und Zielstrebigkeit einschränkt. Außerdem erschweren das Tempo der Aktivitäten und die wachsenden Konflikte die Diskussion einzelner Lösungen hinsichtlich ihrer technischen Seite. Das kann zur Folge haben, dass sogar solche Absichten, die zu einem Anstieg der Unterstützung und der Lösung konkreter Probleme führen könnten, den gegenteiligen Effekt nach sich ziehen, nicht zuletzt wegen unzureichender Vorbereitung und Umsetzung.

Über den Autor

Dr. Jarosław Flis ist Soziologe am Institut für Journalistik und gesellschaftliche Kommunikation an der Jagiellonen-Universität in Krakau (Kraków). Seine Forschungsschwerpunkte sind Public Relations, Soziologie der Politik und Verwaltung öffentlicher Institutionen. Er verfasst regelmäßig Beiträge und Kommentare u. a. für die Zeitungen *Gazeta Wyborcza*, *Rzeczpospolita*, *Tygodnik Powszechny* sowie für die Fernsehsender TVP und TVN.

Die gegenwärtige Situation in Polen ist mit Sicherheit weit von einer Entscheidung entfernt. Es ist eher der Anfang von Veränderungen als ihr krönender Abschluss, und die konkrete Richtung, die die Veränderungen einschlagen werden, bleiben die große Unbekannte – nicht nur aus polnischer, sondern auch aus europäischer Perspektive. Wenn sich irgendwelche Gefahren auftun sollten, liegt deren Ursprung in der Aufregung und der Übertreibung. Diese sind immer deutlich leichter beim Gegner festzustellen, als in den eigenen Reihen. Daher wird es von wesentlicher Bedeutung sein, inwieweit die einzelnen Akteure Möglichkeiten sehen, den Konflikt einzugrenzen und nicht eskalieren zu lassen.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

ANALYSE

Budapest in Warschau? Regierungsfreundliche Mobilisierung in Polen und in Ungarn

Mateusz Fałkowski, Warschau

Zusammenfassung:

Der Autor stellt dar, wie *Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS)* während ihrer acht Jahre in der Opposition ihre Anhänger mit Hilfe von Strategien sozialer Bewegungen mobilisierte. Außerdem nutzte sie ihre Verwurzelung in der *Solidarność*-Bewegung und unterstützte ein Netz von parteinahen Organisationen und Milieus. Ähnlich verfuhr *Fidesz* in Ungarn. Der Text analysiert, wie zuerst *Fidesz* in Ungarn und dann *PiS* in Polen Strategien der sozialen Bewegungen auch nach Übernahme der Regierungsverantwortung aufrechterhielten, um ihre Wählerschaften fortgesetzt zu mobilisieren. Des Weiteren vergleicht der Autor die Pro-Regierungsmärsche *Békemenet* in Budapest und den »Marsch für Freiheit und Solidarität« in Polen.

In den vergangenen Wochen kam es in verschiedenen Städten Polens immer wieder zu Demonstrationen, die einen Anstieg der Temperatur des politischen Klimas und eine Veränderung in den Mobilisierungsstrategien der Parteien anzeigen. Am Wochenende des 12. und 13. Dezember 2015 hatten wir es in Warschau geradezu mit einem Demonstrationsduell zu tun. Das sollte nicht besonders überraschen. In Ostmitteleuropa gewinnen bereits seit einiger Zeit verschiedene außerinstitutionelle Formen des politischen Handelns an Bedeutung.

Die Menschen verleihen ihrem Ärger sowohl in den Wahlen Ausdruck, indem sie für »Protestparteien« stimmen, aber auch auf Straßen und Plätzen, wenn sie unter den Parolen der »Pegida« in Dresden, beim Unabhängigkeitsmarsch in Warschau oder bei sozial- und wirtschaftspolitischen Protesten im bosnischen Tuzla mitdemonstrieren.

Die parlamentarische Politik verflucht sich stärker mit der Protestpolitik der Straße. Die Allianz im polnischen Abgeordnetenhaus mit den Nationalisten um den Rocksänger Paweł Kukiz, der nach einem herausragen-

den Ergebnis bei den Präsidentenwahlen im Mai 2015 nach den Parlamentswahlen im Herbst einige Dutzend Parlamentarier in den Sejm führen konnte, lässt sich besser verstehen, wenn man berücksichtigt, dass Kukiz vor fünf Jahren dem Komitee des Marsches der Unabhängigkeit angehörte, der zunehmend an Bedeutung gewann. Es weckt auch kaum Verwunderung, dass der mit den Banken und dem politischen Establishment assoziierte Ryszard Petru von der neuen Partei *Die Moderne* (*Nowoczesna*) zu Straßendemonstrationen aufruft. Doch noch interessanter ist, dass auch regierende Parteien ihre Anhänger mobilisieren: So wie es *Fidesz* in Ungarn bereits getan hat, versucht es jetzt auch *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość* – *PiS*) in Polen. Auf beiden Flügeln des politischen Spektrums lassen sich Mobilisierungsversuche in Form von Märschen oder Demonstrationen beobachten und die Ausnutzung dieser Protestformen von Seiten der Politik. Dies erzeugt eine neue innere Dynamik nach der Phase der Transformation vom kommunistischen zum demokratischen und marktwirtschaftlichen System und dem Beitritt der ostmitteleuropäischen Länder zur Europäischen Union.

Forscher der Zivilgesellschaften in den postkommunistischen Ländern stellten in den 1990er Jahren die These auf, dass wir es mit Gesellschaften zu tun hätten, für die Protest eine wichtige Ressource und Ausdrucksform zivilgesellschaftlicher politischer Aktivität sei. Die polnische Gesellschaft hat direkt nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems in den 1990er Jahren gern protestiert. Dann zog sie sich zurück. Heute haben wir es nach einer ruhigeren Phase und einer partiellen Professionalisierung der Akteure des Dritten Sektors mit einem erneuten Aufkommen der »protestierenden Bürgergesellschaft« zu tun.

Die protestierende »außerinstitutionelle« Politik ergänzt die traditionellen politischen Institutionen. Während der Präsidentenwahlen in Rumänien standen vor den rumänischen Botschaften in den westlichen Hauptstädten stundenlang Menschenmengen, um Ministerpräsident Victor Ponta abzuwählen. Am selben Tag protestierten die Tschechen auf den Straßen von Prag mit roter Karte gegen die Politik von Staatspräsident Miloš Zeman. Die Fotos in den Zeitungen von diesem Tag sahen sich sehr ähnlich, obwohl in dem einen Fall die Menschen an Wahlen teilnahmen, in dem anderen Fall aber auf der Straße waren, um zu protestieren – die rumänischen Wähler waren Protestwähler und zeigten das Ausmaß dieses Protestes nicht nur in den Wahllokalen, sondern auch davor.

Politische Parteien, auch diejenigen, die die Regierungsmacht haben, spüren die Vermischung von institutioneller und außerinstitutioneller Politik und wollen Politik nicht nur im Parlament betreiben. Folgerichtig institutionalisierten sich in den vergangenen Jahren

Manifestationen beispielsweise in Form von Märschen in Polen, das heißt sie wurden populär, sie wurden wiederholt und sie wurden letztlich als »normale«, akzeptable Ausdrucksform von Politik wahrgenommen. Dementsprechend versuchen immer mehr politische und ideologische Milieus, den Ärger und die Unterstützung ihrer Anhänger in dieser Form zu organisieren.

Diese Entwicklung haben die Eliten nicht wahrgenommen, die die politischen Manifestationen der Straße manches Mal attackiert haben. Marcin Król, Professor für politische Philosophie an der Warschauer Universität und einer der aktiveren Kommentatoren des politischen Lebens in Polen, zog sogar ein Staatstribunal für den Parteivorsitzenden von *PiS*, Jarosław Kaczyński, dafür in Erwägung, dass dieser an Straßendemonstrationen teilgenommen hat. »Im Parlament haben die Abgeordneten das Recht, das zu sagen, was sie wollen. Hier dagegen ging Jarosław Kaczyński mit seinem politischen Kampf auf die Straße. Das ist eine absolute Überschreitung der Regeln der Demokratie. Das Parlament wurde dafür eingerichtet, dass die Konflikte dort ausgetragen werden und nicht auf der Straße.«

Warschau: auf die Straße

Doch die Polen wollen sich nicht nur im Sejm streiten. Im Herbst 2010 überschritt der von den Nationalisten organisierte Marsch der Unabhängigkeit den bis dato engen und geschlossenen Kreis der Aktivisten und zog zirka 10.000 Teilnehmer an; in den folgenden Jahren kamen mehrere zehntausend Teilnehmer hinzu. Die Nationalisten versuchten, ihre ideologische Strömung nicht mehr vor allem mit Hilfe politischer Aktivitäten in Form einer konventionellen Partei oder ihrer Jugendorganisation *Allpolnische Jugend* (*Młodzież Wszechpolska*) zu institutionalisieren, sondern den Schwerpunkt auf die Vereinigung »Marsch der Unabhängigkeit« und die alljährliche Demonstration am 11. November (Tag der Unabhängigkeit 1918) zu verschieben. Zwar stand die *Nationale Bewegung* (*Ruch Narodowy*) außerhalb des Sejm, aber ihre Märsche wurden auch für die damalige parlamentarische Opposition ein wichtiges Mobilisierungsinstrument.

Viele Menschen wurden von den zu den monatlich organisierten Gedenktagen der Flugzeugkatastrophe von Smolensk (2010) durchgeführten Demonstrationen angezogen. Im Jahr 2011 war sich *PiS*, damals die größte Oppositionspartei, der mobilisierenden Wirkung bewusst geworden und ließ sich einen weiteren Marsch einfallen. Zweifellos war auch eine gewisse Rivalität gegenüber dem nationalen Milieu von Bedeutung, das nun den Jahrestag des 11. November besetzt hatte. So entschied sich *PiS*, ihren Marsch am 13. Dezember, dem Jahrestag der Einführung des Kriegsrechts 1981, durchzuführen. An diesem Tag fand in Warschau der Marsch der Unabhängigkeit und Solidarität unter dem Motto »Es gibt kein

gerechtes Europa ohne ein unabhängiges Polen« und »Wir fordern die Wahrheit über Smolensk« statt.

PiS begann, ein Netz von zivilgesellschaftlichen Organisationen um sich herum aufzubauen; hier spielten die Klubs der »Gazeta Polska« (dt. Polnische Zeitung) eine wesentliche Rolle, die von der *PiS*-nahen »Gazeta Polska« und den lokalen Vereinigungen der »Familie« des katholischen Radiosenders »Radio Maryja« dominiert werden. Diese konservativen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die der politischen Rechten nahestehen, erlaubten *PiS*, schwierigere Phasen zu überstehen und ihre Anhänger zu mobilisieren.

Seitdem sind die Märsche, abgesehen vom Gedenken der Opfer des Kriegsrechts (begleitet von Sprechchören »Ruhm und Ehre den Helden«), für *PiS* zu einem wichtigen Bestandteil beim Aufbau der Identität geworden. In einer Rede rief Jarosław Kaczyński den Versammelten die »für unsere Gemeinschaft grundlegenden Werte – Freiheit, Solidarität und Unabhängigkeit« in Erinnerung, woraufhin ihm mit dem Ruf »Ja-ros-ław«, »Ja-ros-ław« geantwortet wurde. Die Manifestation wuchs über das eine, ursprüngliche Milieu hinaus. Ein Jahr später gesellten sich auch Gruppen hinzu, die sich mit Forderungen zu konkreten Angelegenheiten zu Wort meldeten, unter anderen die Gegner des Atomkraftwerks im nordpolnischen Gąski und die Gegner gentechnisch veränderter Lebensmittel. Kritisiert wurden außerdem die soziale Ungerechtigkeit in Polen und die Situation in den Medien. Im Jahr 2014 wurde zu einem Marsch zur »Verteidigung der Demokratie und der Freiheit der Medien« aufgerufen, wobei ein wichtiger Bezugspunkt Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen auf der Selbstverwaltungsebene waren. Deren Ergebnisse wurden als gefälscht beurteilt, weil sie von den *exit poll*-Umfragen erheblich abwichen. Jarosław Kaczyński kritisierte damals die *Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO)* und behauptete, dass »die Regierungsmacht die Gerichte mit Beteiligung des Präsidenten der Republik Polen terrorisiert«. Paradoxerweise wurde der Vorwurf von *PiS* vom Dezember 2014 ein Jahr später fast am selben Ort und in derselben Form von den Gegnern von *PiS*, dem *Komitee zur Verteidigung der Demokratie (Komitet Obrony Demokracji)*, nach der Regierungsübernahme durch *PiS* wiederholt.

Nachdem *PiS* im November 2015 die Regierungsverantwortung übernommen hatte, schien es, als sei der für die Opposition-*PiS* wichtige alljährliche Marsch nicht mehr notwendig. Allerdings wurde für Sonntag, den 13. Dezember 2015 noch im letzten Moment der V. Marsch der Freiheit und Unabhängigkeit organisiert. Trotz Regens und Kälte demonstrierten einige zehntausend Personen ihre Unterstützung für die Regierung und den Präsidenten. Ausschlaggebend für die Durchführung war die für den Vortag anberaumte Demonstration

unter dem Motto »Verteidigung der Demokratie und des Rechtsstaats«, zu der das *Komitee zur Verteidigung der Demokratie* und Oppositionsparteien aufgerufen hatten. Am Sonnabend skandierten die Gegner der Regierung »Dies ist nicht Budapest, dies ist Warschau« und zeigten, dass sie nicht wollen, dass *PiS* dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán nacheifert.

Sieht man von den vielen bestehenden Unterschieden zwischen Ungarn und Polen ab, lassen sich interessante Ähnlichkeiten bei den Mobilisierungsstrategien von *PiS* und *Fidesz* wahrnehmen. Fast parallel zu den Demonstrationen von *PiS* hat *Fidesz*, die bereits in der Regierungsverantwortung stand, zwischen 2012 und 2014 in Budapest sechs Märsche für den Frieden für Ungarn (*Békemenet*) organisiert, um ihre Anhänger zu mobilisieren und Orbáns Politik zu legitimieren.

Die Budapester Märsche für den Frieden

In Ungarn haben wir es, so scheint es, mit einer noch tieferen Spaltung der Gesellschaft zu tun als in Polen. Der bekannte ungarische Soziologe Pál Tamás sagte mir, dass in Budapest die beiden gesellschaftlichen Lager unterschiedliche Zeitungen lesen, sich vollkommen anderer Argumente bedienen und die Argumente der anderen Seite nicht gelten lassen. Bis zu einem gewissen Grad erinnert diese Situation an Polen, wo die *PiS*-nahe konservative »Gazeta Polska« zur Teilnahme an der einen Demonstration auffordert und die *PO*-nahe linksliberale »Gazeta Wyborcza« zur Teilnahme an der anderen und die Leser dieser Zeitungen häufig keine gemeinsame Gesprächsebene mehr finden. Diese Spaltung verläuft nicht selten durch Familien, Freundes- und Kollegenkreise. In Polen verstärkte sie sich nach der Flugzeugkatastrophe von Smolensk, in Ungarn in der zweiten Amtszeit von Ministerpräsident Orbán.

Infolge der Kritik des Westens und linksliberaler Kreise im Inland an der Verfassungsänderung und der Änderung des Mediengesetzes beschloss die regierende *Fidesz*, eine zusätzliche Legitimierung ihrer Tätigkeiten zu gewinnen. Am Abend des 21. Januar 2012 zogen zirka 100.000 Demonstranten zur Unterstützung der Regierung von Orbán auf dem Hauptboulevard von Budapest in Richtung Parlament. An der Spitze gingen unter anderem konservative Journalisten, die ein Transparent mit der Aufschrift »Wir werden keine Kolonie sein« trugen. Die ruhige Menge trug ungarische Fahnen, Transparente, auf denen die EU mit der UdSSR gleichgesetzt wurde, sie sang patriotische Lieder und skandierte »Viktor«, »Viktor«.

Alle paar Monate wurden weitere Märsche organisiert, teilweise als Reaktion auf die Entstehung der linksliberalen Oppositionsplattform *Milla*. Die Opposition hatte ab März 2011 begonnen, ihre ersten größeren Proteste durchzuführen, ungefähr ein Jahr, nachdem die zweite Regierung Orbán im Jahr 2010 ihr Amt angetreten hatte, also deutlich

später als die Anti-*PiS*-Proteste in Polen. *Milla* (ein Akronym des Namens »Freiheit für die Presse in Ungarn«) entstand aus den Protesten der Basis für die Verteidigung der Freiheit der Medien am Feiertag des 15. März, dem Gedenktag für den Volksaufstand von 1848. Allmählich verwandelte sich die anfangs monothematische Initiative in eine zunehmend professionelle Plattform der Opposition, die auch die Leere nutzte, welche infolge der enormen Schwäche der Linken nach acht Regierungsjahren entstanden war.

Viktor Orbán wurde mit diesen Herausforderungen recht erfolgreich fertig und seine Regierung schränkte ihre Tätigkeiten im Parlament nicht ein. *Fidesz* hatte sich noch in der Zeit, als die Linke in Ungarn die Regierung stellte, auf seine Wurzeln in der sozialen Bewegung aus der Zeit des späten János Kádár besonnen und begann im Jahr 2002 eine konservative soziale Bewegung aufzubauen (*Polgári körök*). Es entstanden über 10.000 lokale Organisationen dieser Bewegung, die beispielsweise politische Debatten organisierten und die Opposition moralisch stärkten. Der ungarische Politologe Mihály Gyimesi, der die Proteste in Ungarn beobachtet, schreibt, dass Orbán diese hybride Strategie der Verbindung einer politischen Partei mit einer sozialen Bewegung in seiner zweiten Amtszeit im Jahr 2010 intensiviert hat. Die Unterstützungsmärsche für die Regierung wurden nun nicht direkt von der Partei, sondern von regierungsnahen quasi-Regierungsorganisationen wie das *Civil Összefogás Fórum* organisiert. Die Märsche fanden zu den Jahrestagen wichtiger historischer Ereignisse statt, dem 15. März, aus Anlass der Revolution von 1848, und dem 23. Oktober, dem Jahrestag des Volksaufstands von 1956. Ähnlich wie im Falle Polens wurden die Anhänger mit Bezug auf die Werte mobilisiert, die die Helden der historischen Ereignisse repräsentieren.

Warschau und Budapest

Politiker in Polen orientieren sich am ungarischen Beispiel nicht nur in konkreten öffentlichen Angelegenheiten, zum Beispiel bei der Bankensteuer oder den Plänen ähnlich gearteter Steuern für Hypermärkte, sondern auch bei politischen Strategien. In beiden Ländern begünstigt die deutliche Spaltung der Gesellschaft in

zwei Teile deren Mobilisierung bei Konflikten. Sowohl *Fidesz* als auch *PiS* knüpfen an ihre Vorgeschichte der antikommunistischen sozialen Bewegung in den 1980er Jahren an. Sie verarbeiten sie und gleichen sich insofern an soziale Bewegungen an, als sie deren Mobilisierungsmethoden anwenden. Für die Partei sind nicht nur die Abgeordneten wichtig, sondern auch die Aktivisten und Organisatoren, die formal nicht zum Parteinneren gehören. Für die rechte *PiS*, die gegenwärtig die Parlamentsmehrheit, die Regierung und den Präsidenten stellt, ist Józef Orzeł, der aus der *Solidarność* stammende Organisator des »Klub Ronina«, eines rechten politischen Diskussionsklubs in Warschau, und Organisator der Bewegung der Kontrolle der Wahlen, einer sozialen Bewegung, die den Wahlablauf kontrollieren soll, von großer Bedeutung. Jarosław Kaczyński selbst hat auf einem Treffen der Klubs der »Gazeta Polska« im Mai 2015 über die Strategie der sozialen Bewegung geradeheraus gesagt: »Ohne die gesellschaftliche Unterstützung, die auch auf der Straße zum Ausdruck gebracht wird, wird es nicht gelingen.« Beide konservativen Parteien, *Fidesz* in Ungarn und *PiS* in Polen, haben auf diese Weise ihre Anhänger in der langen Zeit der Existenz als Oppositionspartei halten können. In Ungarn war es *Polgári körök*, in Polen zum Beispiel die Klubs der »Gazeta Polska«. So wie *Fidesz* Märsche als Reaktion auf die Proteste der linksliberalen Koalition *Milla* organisiert, organisiert *PiS* Demonstrationen gegen die Aktivitäten des *Komitees zur Verteidigung der Demokratie*. In beiden Ländern liegt die Mobilisierungsüberlegenheit zurzeit im konservativen Lager, unter anderem deshalb, weil diese Parteien in ihrer langen Oppositionsphase auf das Arsenal der sozialen Bewegungen zurückgegriffen haben. Sowohl in Polen als auch in Ungarn haben wir es schließlich mit dem Aufeinandertreffen von zwei Interpretationen der Demokratie zu tun – einer eher populistischen Interpretation und einer eher liberalen. Beide Interpretationen stehen miteinander im Konflikt und beeinflussen aktuell die Dynamik der Proteste.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

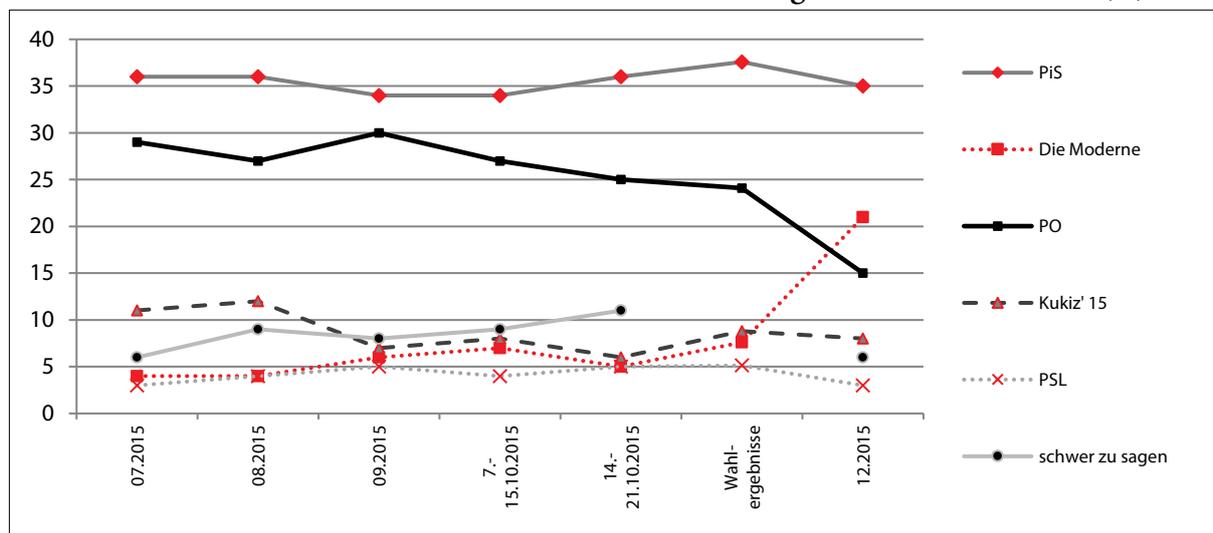
Der Text ist Teil einer Publikation, die im Rahmen des Projekts der Heinrich Böll Stiftung und des Collegium Civitas (Warschau) »Politik des Protests in Mitteleuropa« entsteht.

Über den Autor

Mateusz Fałkowski ist Soziologe am Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau (Polska Akademia Nauk, Warszawa). Er ist Ko-Leiter einer Forschergruppe, die sich mit der *Solidarność*-Bewegung der 1980er Jahre (<<http://solidarnosc.collegium.edu.pl/>>) sowie zeitgenössischer Protestpolitik beschäftigt.

Einstellungen zur neuen Regierung

Grafik 1: Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Parlamentswahl wäre? (%)



Anm.: Berücksichtigt wurden die Antworten derer, die angaben, wählen zu gehen.

PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; Die Moderne – Nowoczesna; PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform; PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei;

Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 170/2015: Preferencje partyjne w grudniu [Parteipräferenzen im Dezember]. Warszawa 12/2015. <www.cbos.pl>

Tabelle 1: Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Parlamentswahl wäre? (%)

	07/2015	08/2015	09/2015	7.–15.10. 2015	14.–21.10. 2015	Wahl-ergebnisse	12/2015
PiS	36	36	34	34	36	37,58	35
Die Moderne	4	4	6	7	5	7,60	21
PO	29	27	30	27	25	24,09	15
Kukiz '15	11	12	7	8	6	8,81	8
PSL	3	4	5	4	5	5,13	3
KORWiN	3	1	4	3	4	4,76	3
Gemeinsam	1	<1	1	1	<1	3,62	3
SLD	3	4*	5*	6*	6*	7,55*	3
Deine Bewegung	1						1
andere Partei/Wahlkomitee	1	1	1	<1	<1	0,87	1
schwer zu sagen	6	9	8	9	11		6
keine Antwort	<1	<1	<1	1	1		1

Anm.: Berücksichtigt wurden die Antworten derer, die angaben, wählen zu gehen.

PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; Die Moderne – Nowoczesna; PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform; PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei; KORWiN/Koalicja Odnowy Rzeczypospolitej Wolność i Nadzieja – Koalition für die Erneuerung der Republik Freiheit und Hoffnung; Gemeinsam – Razem; SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz; Deine Bewegung – Twój Ruch

*Das Ergebnis gilt für die Vereinigte Linke (Zjednoczona Lewica = SLD + Twój Ruch + PPS + UP + Zieloni).

Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 170/2015: Preferencje partyjne w grudniu [Parteipräferenzen im Dezember]. Warszawa 12/2015. <www.cbos.pl>

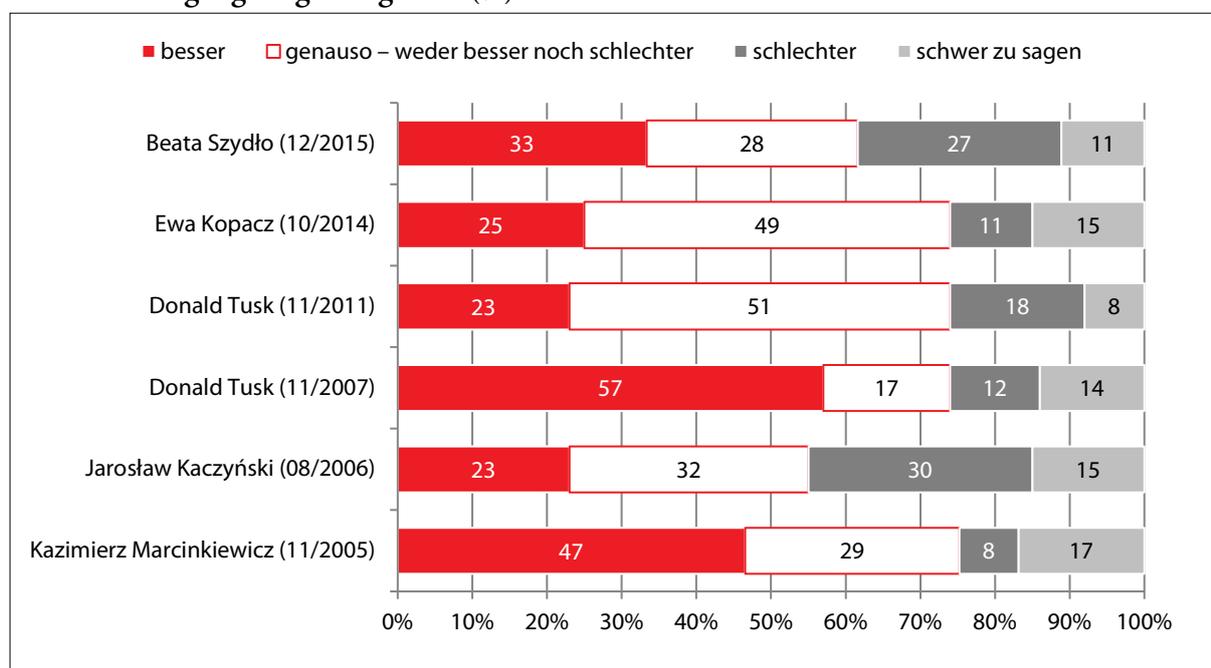
Tabelle 2: Weckt die Regierung von Ministerpräsident(in) ... in Ihnen ... (%)

	Kazimierz Marcinkiewicz (11/2005)	Jarosław Kaczyński (08/2006)	Donald Tusk (11/2007)	Donald Tusk (11/2011)	Ewa Kopacz (10/2014)	Beata Szydło (12/2015)
Hoffnung, Vertrauen, dass es besser wird	44	31	59	28	36	34
Enttäuschung, weil sich nichts ändern wird	12	23	8	16	19	12
Angst, dass es schlechter wird	19	34	16	37	15	37
Gleichgültigkeit; interessiert nicht	16	s. Anm.	10	14	22	13
schwer zu sagen	9	12	7	6	8	4

Anm.: In dieser Befragung wurde nicht nach Gleichgültigkeit gefragt.

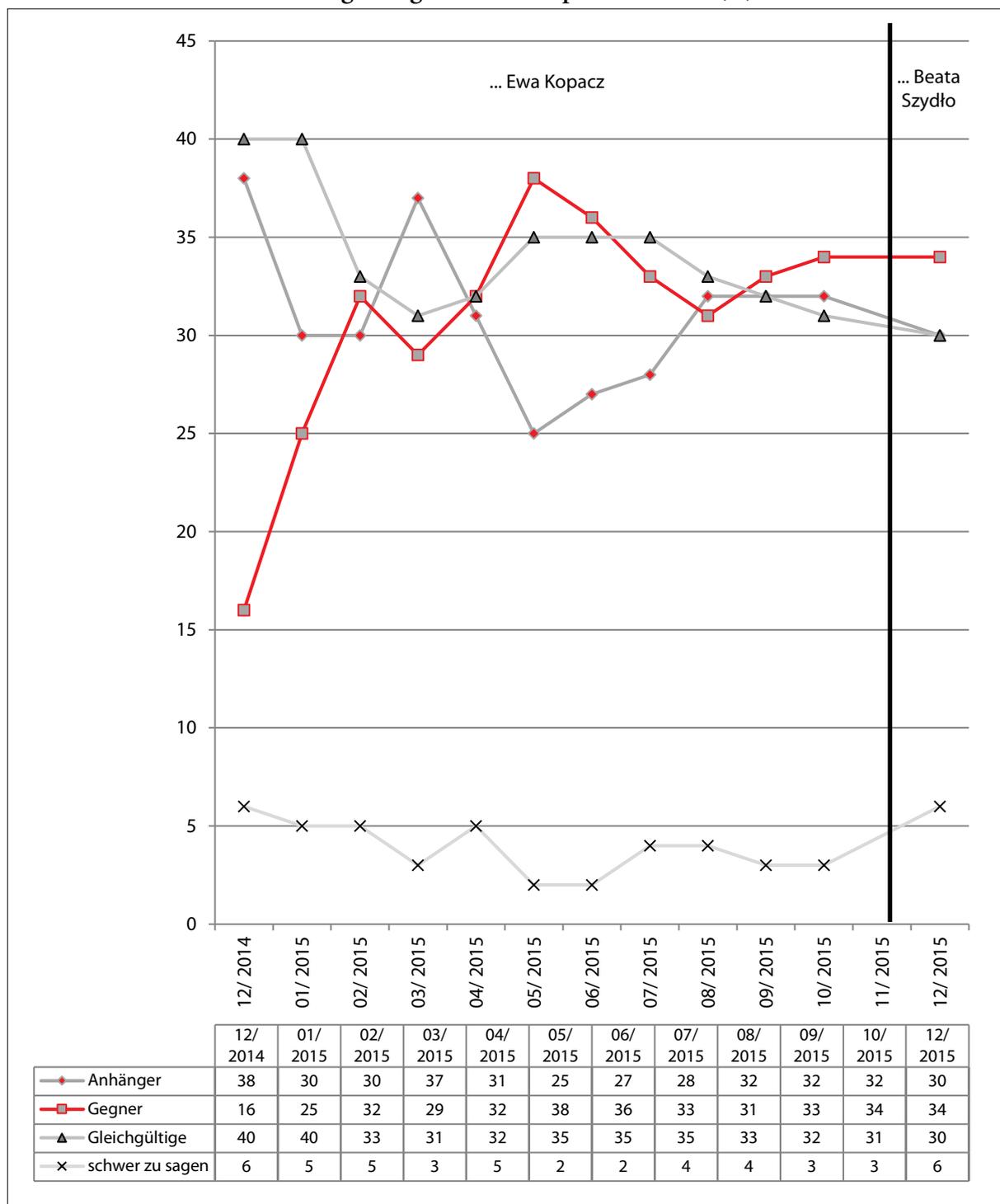
Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 174/2015: Pierwsze notowania rządu Beaty Szydło [Erste Umfragewerte zur Regierung von Beata Szydło]. Warszawa 12/2015. <www.cbos.pl>

Grafik 2: Wird die neue Regierung Ihrer Meinung nach besser oder schlechter im Vergleich zur Vorgängerregierung sein? (%)



Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 174/2015: Pierwsze notowania rządu Beaty Szydło [Erste Umfragewerte zur Regierung von Beata Szydło]. Warszawa 12/2015. <www.cbos.pl>

Grafik 3: Das Verhältnis zur Regierung von Ministerpräsidentin ... (%)



Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 174/2015: Pierwsze notowania rządu Beaty Szydło [Erste Umfragewerte zur Regierung von Beata Szydło]. Warszawa 12/2015. <www.cbos.pl>

Tabelle 3: Die Bewertung der Regierung von Ministerpräsidentin Beata Szydło (%)

	Das Verhältnis zur Regierung			
	Anhänger	Gegner	Gleichgültige	schwer zu sagen
Die wirtschaftliche Lage				
wird sich verbessern	66	4	22	19
wird sich verschlechtern	4	53	14	10
wird sich nicht verändern	23	35	46	30
schwer zu sagen	7	8	18	41
Die Arbeitslosigkeit				
wird steigen	11	27	21	20
wird sich verringern	41	8	17	15
wird sich nicht verändern	35	52	44	27
schwer zu sagen	13	13	18	38
Die Lebensbedingungen in Polen				
werden sich verbessern	69	6	18	19
werden sich verschlechtern	1	41	8	8
werden sich nicht verändern	23	47	59	31
schwer zu sagen	7	7	15	41
Die Anzahl armer Menschen in Polen				
wird sich verringern	27	6	14	13
wird sich vergrößern	20	39	37	25
wird sich nicht verändern	44	49	40	33
schwer zu sagen	9	6	9	29
Die Situation der öffentlichen Finanzen in Polen				
wird sich verbessern	32	2	9	13
wird sich verschlechtern	14	67	28	16
wird sich weder verbessern noch verschlechtern	39	26	44	30
schwer zu sagen	15	6	19	41
Es werden ... Kinder in Polen geboren				
mehr	41	22	29	21
weniger	11	24	21	17
ungefähr so viele wie bisher	37	46	41	32
schwer zu sagen	11	8	9	30
Die Situation im Gesundheitswesen				
wird sich verbessern	53	4	18	19
wird sich verschlechtern	8	28	19	14
wird sich nicht verändern	29	57	50	29
schwer zu sagen	10	11	13	38

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 3: Die Bewertung der Regierung von Ministerpräsidentin Beata Szydło (%) Fortsetzung)

	Das Verhältnis zur Regierung			
	Anhänger	Gegner	Gleichgültige	schwer zu sagen
Die Sicherheit der Bürger				
wird sich vergrößern	39	10	15	8
wird sich verringern	11	31	18	10
wird sich nicht verändern	42	47	52	39
schwer zu sagen	8	13	15	43
Die Korruption				
wird sich vergrößern	9	20	15	12
wird sich verringern	55	13	17	19
wird sich nicht verändern	26	51	46	27
schwer zu sagen	10	16	23	41
Die Rolle der Kirche im Staat				
wird zunehmen	39	72	40	39
wird abnehmen	8	5	10	8
wird sich nicht verändern	48	18	36	21
schwer zu sagen	5	5	14	32
Die Beziehungen Polens zu Russland				
werden sich verbessern	12	2	5	2
werden sich verschlechtern	37	75	43	33
werden sich nicht verändern	34	18	35	12
schwer zu sagen	18	6	17	52
Die Beziehungen Polens zu Deutschland				
werden sich verbessern	20	4	9	7
werden sich verschlechtern	20	60	26	15
werden sich nicht verändern	45	26	43	22
schwer zu sagen	15	11	22	56
Die Position Polens in der Europäischen Union				
wird sich verbessern	24	4	11	11
wird sich verschlechtern	17	64	23	16
wird sich nicht verändern	49	23	49	27
schwer zu sagen	10	9	17	46

Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 174/2015: Pierwsze notowania rządu Beaty Szydło [Erste Umfragewerte zur Regierung von Beata Szydło]. Warszawa 12/2015. <www.cbos.pl>

Tabelle 4: Vertrauen bzw. Misstrauen gegenüber Politikern

	Vertrauen		Misstrauen		Gleichgültigkeit	nicht bekannt
	12/2015	Veränderung gegenüber 11/2015	12/2015	Veränderung gegenüber 11/2015		
Andrzej Duda (Staatspräsident)	52	-3	30	11	14	0
Beata Szydło (Ministerpräsidentin, PiS)*	46	3	33	6	17	1
Paweł Kukiz (Vorsitzender von Kukiz '15)	45	1	27	0	20	5
Ryszard Petru (Vorsitzender von Die Moderne)	39	9	18	4	15	25
Ewa Kopacz (PO-Parteivorsitzende, bis 11/2015 Ministerpräsidentin)	38	-4	39	2	19	1
Gregorz Schetyna (bis 11/2015 Außenminister, PO)	32	-1	27	3	26	11
Zbigniew Ziobro (Justizminister, Fraktion PiS)*	31	2	44	3	17	3
Jarosław Gowin (Minister für Wissenschaft und Hochschulwesen, stellv. Ministerpräsident, Fraktion PiS)	30	1	28	3	22	14
Jarosław Kaczyński (Parteivorsitzender von PiS)	30	-2	53	4	15	0
Tomasz Siemoniak (bis 11/2015 Verteidigungsminister, PO)	27	4	11	2	16	41
Antoni Macierewicz (Verteidigungsminister, PiS)*	22	3	55	0	14	6
Mariusz Błaszczak (Innenminister, stellv. Ministerpräsident, PiS)	20	2	23	3	13	39
Mariusz Kamiński (Kordinator der Sicherheitsdienste, PiS)*	20	**	35	**	14	27
Sławomir Neumann (Fraktionsvorsitzender der PO)	19	**	13	**	18	47
Mateusz Morawiecki (Entwicklungsminister, stellv. Ministerpräsident, PiS)	18	**	7	**	12	58
Witold Waszczykowski (Außenminister, PiS)*	16	**	12	**	10	57

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 4: Vertrauen bzw. Misstrauen gegenüber Politikern (Fortsetzung)

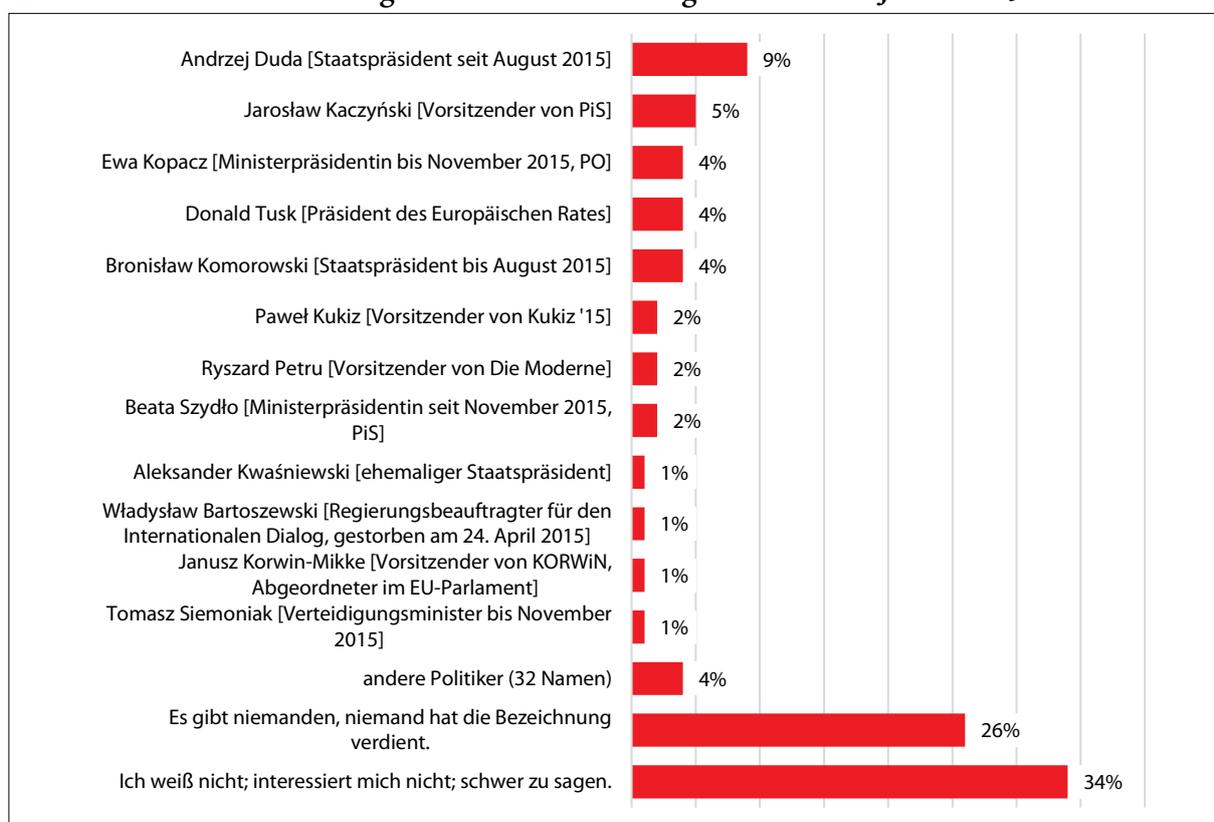
	Vertrauen		Misstrauen		Gleichgültigkeit	nicht bekannt
	12/2015	Veränderung gegenüber 11/2015	12/2015	Veränderung gegenüber 11/2015		
Piotr Gliński (Minister für Kultur und nationales Erbe, stellv. Ministerpräsident, PiS)*	16	3	20	6	14	47
Elżbieta Witek (Regierungssprecherin)	13	**	10	**	9	65
Marek Kuchciński (Sejmarschall, PiS)*	13	**	16	**	11	58
Stanisław Karczewski (Senatsmarschall, PiS)*	8	**	6	**	9	75

*Seit Beginn der Amtszeit der Regierung von Ministerpräsidentin Beata Szydło im November 2015.

**Wurde im November nicht abgefragt.

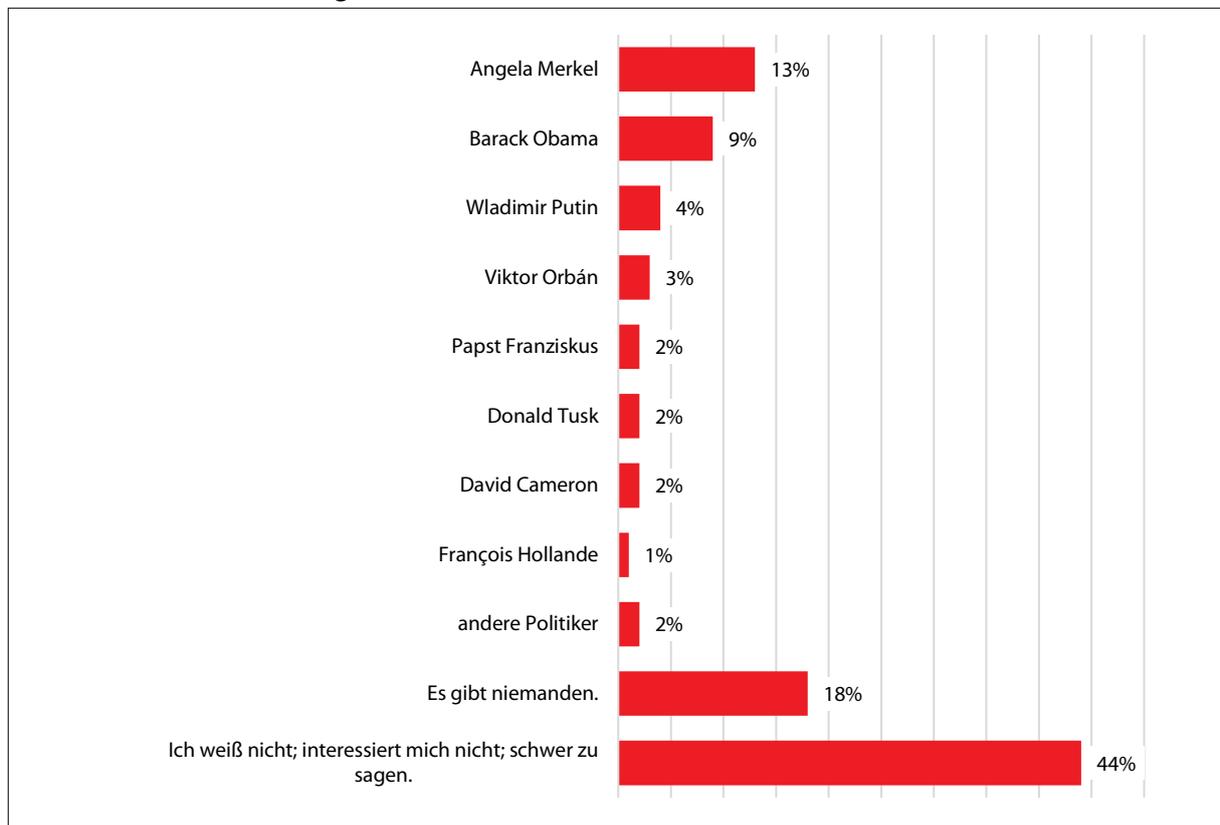
PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; Die Moderne – Nowoczesna; PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform
 Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 174/2015: Pierwsze notowania rządu Beaty Szydło [Erste Umfragewerte zur Regierung von Beata Szydło]. Warszawa 12/2015. <www.cbos.pl>

Grafik 4: Welchem Politiker gebührt die Bezeichnung »Politiker des Jahres 2015«?



PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform; Die Moderne – Nowoczesna; KORWiN/Koalicja Odnowy Rzeczypospolitej Wolność i Nadzieja – Koalition für die Erneuerung der Republik Freiheit und Hoffnung
 Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 1/2016: Polityk roku 2015 w Polsce i na świecie [Der Politiker des Jahres 2015 in Polen und in der Welt]. Warszawa 01/2015. <www.cbos.pl>

Grafik 5: Welchem ausländischen Politiker, der auf der internationalen Bühne aktiv ist, gebührt die Bezeichnung »Politiker des Jahres 2015«?



Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 1/2016: *Polityk roku 2015 w Polsce i na świecie [Der Politiker des Jahres 2015 in Polen und in der Welt]*. Warszawa 01/2015. <www.cbos.pl>

1. Dezember 2015 – 18. Januar 2016

01.12.2015	Ministerpräsidentin Beata Szydło kündigt eine Gesetzesnovelle zum Haushaltsgesetz 2015 an. Aufgrund von Fehlplanungen habe sich eine Finanzierungslücke von zirka 13 Mrd. Zloty ergeben, so Finanzminister Paweł Szalamach. Das Haushaltsgesetz war von der Vorgängerregierung verabschiedet worden.
02.12.2015	Der Sejm wählt mit der Mehrheit von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) fünf neue Verfassungsrichter. Das entsprechende Gesetz wird umgehend veröffentlicht. In diesem Zusammenhang kommt es zu Protesten der Opposition. Die Kontroverse besteht darin, dass die Regierung aus Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und Polnischer Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) im Oktober bereits fünf Verfassungsrichter gewählt hatte und die Regierung von PiS die Rechtmäßigkeit anzweifelt.
03.12.2015	Noch in der Nacht vom 2. auf den 3. Dezember vereidigt Präsident Andrzej Duda vier der fünf neu gewählten Verfassungsrichter: Henryk Cioch, Lech Morwaski, Mariusz Muszyński und Piotr Pszczółkowski.
03.12.2015	Das Verfassungsgericht gibt das Urteil im Falle der fünf Verfassungsrichter bekannt, die in der letzten Legislaturperiode noch im Oktober vom Sejm unter der PO/PSL-Regierung gewählt worden waren, von Präsident Andrzej Duda jedoch nicht vereidigt wurden. Die Wahl von drei der fünf Richter sei verfassungskonform, zwei seien nicht verfassungsgemäß gewählt worden. Das aktuelle Parlament mit der Mehrheit von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) hatte die Wahlen aller fünf Richter für ungültig erklärt und am Vortag fünf neue Verfassungsrichter bestimmt, vier von ihnen wurden noch in der Nacht vereidigt.
04.12.2015	Ministerpräsidentin Beata Szydło kündigt eine Rücknahme der Kohlepolitik der Vorgängerregierung an. Ihre Regierung sei entschlossen, die Förderung von Kohle in Polen weiterzuentwickeln. Das neu eingerichtete Energieministerium sei mit der Konzeptionierung beauftragt worden.
05.12.2015	Das mit den Stimmen von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) und Kukiz '15 verabschiedete Gesetz zum Verfassungsgericht tritt in Kraft. Es bestimmt, dass die Amtszeit der Verfassungsrichter mit dem Tag ihrer Vereidigung beginnt; diese muss in einem Zeitraum von 30 Tagen nach der Präsidentenwahl stattfinden. Außerdem verfügt es das Ende der Amtszeit des gegenwärtigen Präsidenten des Verfassungsgerichts, Andrzej Rzepliński, und seines Stellvertreters Stanisław Biernat drei Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes.
08.12.2015	Die Präsidialkanzlei bestätigt, dass Präsident Andrzej Duda am Folgetag Julia Przyłębska als Verfassungsrichterin vereidigen wird. Die Einsetzung fünf neuer Verfassungsrichter in der neuen Legislaturperiode wird damit abgeschlossen.
09.12.2015	Der Fraktionsvorsitzende der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Sławomir Neumann, fordert Präsident Andrzej Duda auf, gemäß dem Urteil des Verfassungsgerichts vom 3. Dezember drei der im Oktober noch unter der Vorgängerregierung gewählten Verfassungsrichter zu vereidigen. Es gehe darum, den Polen zu vermitteln, dass sich alle gleichermaßen an die Rechtsprechung halten müssten.
10.12.2015	Ministerpräsidentin Beata Szydło empfängt in Warschau ihren britischen Amtskollegen David Cameron. Thematisiert werden die Überlegungen Großbritanniens zur Reformierung der Europäischen Union. Szydło unterstreicht, dass beide Länder die Rolle der nationalen Parlamente in der EU stärken wollen. Beide Regierungschefs sprechen sich für einen Verbleib Großbritanniens in einer reformierten EU aus.
11.12.2015	Regierungssprecherin Elżbieta Witek dementiert Medienberichte, nach denen die Kanzlei der Ministerpräsidentin das Urteil des Verfassungsgerichts vom 3. Dezember nicht veröffentlichen werde. Für die Veröffentlichung gebe es eine Frist von 14 Tagen, die noch nicht überschritten sei, so Witek.
12.12.2015	In Warschau und anderen polnischen Städten demonstrieren mehrere zehntausend Menschen gegen die Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), darunter auch Politiker der Opposition.
12.12.2015	Auf dem Parteitag der Demokratischen Linksalianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) in Warschau stellen sich die Kandidaten für das Amt des Parteivorsitzenden vor. Parteichef Leszek Miller stellt sich nicht mehr zur Wahl, die Mitte Januar stattfinden wird.
13.12.2015	Am Jahrestag der Verhängung des Kriegsrechts (1981) findet in Warschau der von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) durchgeführte V. Marsch der Freiheit und Solidarität statt. Die Veranstalter sprechen von über 80.000 Teilnehmern.
14.12.2015	Ministerpräsidentin Beata Szydło wertet den am Wochenende beendeten Weltklimagipfel in Paris als Erfolg für Polen, da wichtige Forderungen Polens erfüllt worden seien, u. a. die Verabschiedung der Vereinbarungen von allen anwesenden Staaten und die Anpassung der Maßnahmen zum Klimaschutz an die wirtschaftliche Situation des betreffenden Staates. Zuvor sei zu befürchten gewesen, dass zu radikale und restriktive Maßnahmen einen Nachteil für die polnische Wirtschaft hätten bedeuten können, so Szydło.

15.12.2015	Bei seinem Staatsbesuch in Kiew spricht sich Präsident Andrzej Duda für die Teilnahme der Ukraine am NATO-Gipfel 2016 in Warschau aus. Dies sei wesentlich sowohl für die polnisch-ukrainischen Beziehungen als auch für die Position der Ukraine auf globaler Ebene und die Sicherheit in der Region. Mit seinem Amtskollegen Petro Poroschenko habe er sich des Weiteren über die Fortsetzung des Dialogs über die gemeinsame Geschichte im Rahmen eines beim Präsidenten angesiedelten Komitees verständigt. Gute bilaterale Beziehungen müssen auf der historischen Wahrheit gründen, selbst wenn diese schmerzhaft sei, so Duda.
16.12.2015	Der Sejm verabschiedet die Haushaltsnovelle, die eine Erhöhung des öffentlichen Defizits um 3,9 Mrd. Zloty auf 49, 98 Mrd. Zloty vorsieht. Die Regierung begründet dies mit geringeren Steuereinnahmen. Für das neue Haushaltsgesetz stimmen 230 Abgeordnete, dagegen sind 209 Abgeordnete, drei enthalten sich.
16.12.2015	Im Sejm wird auf Initiative von Robert Winnicki (Kukiz '15) die überparteiliche National-Demokratische Parlamentariergruppe gegründet. Ihr gehören Fraktionsmitglieder von Kukiz '15, Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) sowie Parteilose an. Das Anliegen der Parlamentariergruppe ist es, der Jahrestage und Persönlichkeiten der nationalen Tradition zu gedenken, die Frage der nationalen Identität im 21. Jahrhundert zu thematisieren sowie auch das Wirtschaftsverständnis der Nationaldemokratie (Narodowa Demokracja) der Zwischenkriegszeit.
18.12.2015	In der Nacht vom 17. auf den 18. Dezember dringen der Chef der Militärischen Spionageabwehr (Służba Kontrwywiadu Wojskowego – SKW), Piotr Bączek, der Direktor des Ministerkabinetts von Verteidigungsminister Antoni Macierewicz, Bartłomiej Misiewicz, und Angehörige der neuen Führung des SKW in das Expertenzentrum der Gegenspionage der NATO in Warschau ein. Der Grund dafür soll die Neubesetzung des polnischen Personals im Expertenzentrum sein. Anwesend ist auch die Militärpolizei. Der ehemalige Außenminister Tomasz Siemoniak übt scharfe Kritik an der Aktion und warnt vor dem Verlust der Glaubwürdigkeit Polens gegenüber der NATO. Medienberichten zufolge handelt es sich um ein Schulungszentrum, das von der NATO noch nicht akkreditiert ist.
19.12.2015	In Polen protestieren in mehr als 20 Städten, darunter in Warschau, zehntausende Menschen gegen die Regierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS). Dazu aufgerufen hatte das Komitee zur Verteidigung der Demokratie (Komitet Obrony Demokracji – KOD). Es war bereits das zweite Protestwochenende.
22.12.2015	Der Sejm verabschiedet die Gesetzesnovelle zum Verfassungsgericht. Künftig sollen Verhandlungen des Verfassungsgerichts in Anwesenheit von mindestens 13 der insgesamt 15 Richter geführt werden, die Entscheidungen müssen mit einer 2/3-Mehrheit gefällt werden, statt wie bisher mit einer einfachen Mehrheit. Des Weiteren sollen die Fälle chronologisch abgearbeitet werden, ohne dass wichtige Fälle vorgezogen werden können, und muss zwischen der Anrufung des Gerichts und der Urteilsverkündung eine drei- bis sechsmonatige Frist liegen.
23.12.2015	EU-Vize-Kommissionspräsident Frans Timmermans fordert den polnischen Außenminister Witold Waszczykowski und Justizminister Zbigniew Ziobro auf, die am Vortag verabschiedete Gesetzesänderung zum Verfassungsgericht hinsichtlich der Unabhängigkeit und des ordnungsgemäßen Funktionierens des Verfassungsgerichts zu überprüfen.
24.12.2015	Der Senat verabschiedet mit 58 Ja-Stimmen bei 28 Nein-Stimmen die vom Sejm beschlossene Gesetzesänderung zum Verfassungsgericht.
29.12.2015	Entwicklungsminister Mateusz Morawiecki teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass von den Polen zustehenden Mitteln des EU-Kohäsionsfonds 2007–2013 zirka 40 Mrd. Zloty (zirka 9 Mrd. Euro) noch nicht abgerufen worden sind. Daher habe das Entwicklungsministerium einen Plan für den Einsatz der Mittel aufgestellt, der Anfang Dezember beschlossen worden sei. Eingesetzt würden die Gelder beispielsweise für den Fuhrpark der Eisenbahn oder die Entwicklung neuer Materialien und Technologien.
30.12.2015	Der Sejm verabschiedet mit 232 Ja-Stimmen bei 152 Nein-Stimmen und 34 Enthaltungen das neue Mediengesetz für die öffentlich-rechtlichen Anstalten. Die Novelle sieht vor, dass die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrates von TVP Polnisches Fernsehen und Polskie Radio nicht mehr vom Landesrundfunk- und Fernsehrat (Krajowa Rada Radiofonii i Telewizji – KRRiTV), sondern von der Regierung durch den Schatzminister bestimmt werden. Mit Inkrafttreten des Gesetzes verfallen die bisherigen Vorstands- und Aufsichtsratsmandate. Opposition und Journalistenverbände werfen der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) vor, damit die Unabhängigkeit der Medien zu beschneiden und die Desinformation der Gesellschaft zu betreiben. Die EU-Kommission fordert die Regierung in einem Brief dazu auf, Stellung zur Vereinbarkeit des neuen Mediengesetzes mit dem EU-Recht zu nehmen.
31.12.2015	Der Senat bestätigt mit 57 Stimmen bei 23 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen das am Vortag vom Sejm verabschiedete neue Mediengesetz. Die Opposition kritisiert, dass Polen nach über 20 Jahren öffentlich-rechtlicher Medien wieder Regierungsmedien erhalte.

02.01.2016	Die Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« berichtet, dass die Direktoren von vier Programmen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens TVP ihren Rücktritt erklärt haben. Hintergrund ist das umstrittene Mediengesetz, das Ende Dezember 2015 verabschiedet wurde.
03.01.2016	In der »Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung« plädiert Günther Oettinger, EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, vor dem Hintergrund des neuen Mediengesetzes in Polen dafür, zwischen der EU und Polen den Rechtsstaatsmechanismus zu aktivieren, und plädiert für »Sanktionen« gegen Polen.
04.01.2016	In einem Interview mit der Polnischen Presseagentur (Polska Agencja Prasowa – PAP) kritisiert Außenminister Witold Waszczykowski, dass die in Polen unlängst vorgenommenen Gesetzesänderungen zum Verfassungsgericht und zu Hörfunk und Fernsehen in der Europäischen Union ohne sachliche Kenntnis, allein auf »medialer Faktendarstellung« beruhend kommentiert und angegriffen würden. Des Weiteren würde die Prozedur der Kritik von Seiten der EU formal nicht eingehalten werden. Waszczykowski bezieht sich auf kritische Äußerungen von Günther Oettinger, EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, und EU-Parlamentspräsident Martin Schulz über die Gesetzesnovellen, die er als persönliche Meinungen der EU-Amtsinhaber wertet.
05.01.2016	In einem Radiointerview kündigt Außenminister Witold Waszczykowski an, dass Polen von der EU-Vertreterin in Polen Erklärungen zu den kritischen Äußerungen des stellvertretenden Präsidenten der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, und des EU-Kommissars Günther Oettinger erwarte. Im Zusammenhang mit der Gesetzesänderung zum Verfassungsgericht und dem neuen Mediengesetz in Polen würden sich diese nur auf der Grundlage von Medienberichten und nicht der betreffenden Dokumente äußern und von Gefahren für Polen sprechen.
07.01.2016	EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker ruft dazu auf, die Kritik von Seiten der EU an der Lage in Polen nicht zu übertreiben. Freundliche und gute Beziehungen zu Polen seien wichtig, deshalb stehe ein konstruktiver Umgang mit dem Konflikt für ihn im Vordergrund.
08.01.2016	Das polnische Außenministerium bestellt die Vertreterin der Europäischen Union in Polen, Marzenna Guz-Vetter, ein. Hintergrund ist die massive Kritik von Seiten der EU an der Gesetzesänderung zum Verfassungsgericht und dem neuen Mediengesetz in Polen. Nach dem Treffen lobt Marzenna Guz-Vetter das konstruktive Gespräch, das zur Klärung der Argumente beider Seiten beigetragen habe, und betont die grundsätzliche Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Medienvielfalt für die EU. Vize-Außenminister Konrad Szymański bezeichnet das Gespräch als einen Fortschritt in den aktuellen Beziehungen zwischen Polen und der EU. Langfristig sei es das Ziel Polens, dass die Europäische Kommission nicht als eine Konfliktpartei im politischen Streit in Polen wahrgenommen werde und weiter als neutrale Institution agiere, die auf die Einhaltung von Standards achtet und alle Staaten gleich behandelt.
10.01.2016	Die »Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung« zitiert in einem Artikel EU-Parlamentspräsident Martin Schulz und die frühere EU-Justizkommissarin Viviane Reding, die die aktuelle Entwicklung in der polnischen Innenpolitik mit der Politik des russischen Präsidenten Wladimir Putin vergleichen. Man habe es mit einem Angriff auf den polnischen Rechtsstaat zu tun, auf den die EU mit der Stärkung der Zivilgesellschaft reagieren müsse. Hintergrund sind die kürzlich verabschiedeten Gesetzesänderungen zum Verfassungsgericht und zu den öffentlich-rechtlichen Medien in Polen.
11.01.2016	Nach einem Gespräch auf eine kurzfristig ausgesprochene Einladung von Außenminister Witold Waszczykowski an den deutschen Botschafter Rolf Nickel betont Waszczykowski, dass es keine Spannungen in den deutsch-polnischen Beziehungen gebe. Er unterstreicht, dass wichtige Themen im deutsch-polnischen Verhältnis direkt zwischen den politisch Verantwortlichen angesprochen werden müssten und nicht über die Medien kommuniziert werden dürften. Das 25-jährige Bestehen des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags sei ein Anlass, Bilanz zu ziehen und die Bereiche der bilateralen Beziehungen zu betrachten, die verbesserungswürdig seien. Hintergrund des Gesprächs waren kritische Äußerungen in den Medien zur aktuellen Innenpolitik Polens von Martin Schulz und Günther Oettinger, die sie in ihrer Funktion als Präsident des Europäischen Parlaments bzw. als EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft getätigt haben.
12.01.2016	In der Tageszeitung »Die Welt« spricht sich der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im EU-Parlament, Elmar Brok, für Zurückhaltung bei der Kritik an der aktuellen Innenpolitik der polnischen Regierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) aus, insbesondere von deutschen Politikern. Es dürfe keine Vorverurteilung geben, diese könnte zu einer Solidarisierung mit der Regierungspartei führen, die zurzeit an Zustimmung in der polnischen Bevölkerung verliere. Europa brauche Polen, umgekehrt müsse der polnischen Regierung bewusst sein, dass sie sich an die Regeln der EU halten müsse, wenn sie Schutz und Solidarität erhalten wolle.

13.01.2016	Der stellvertretende EU-Kommissionspräsident Frans Timmermans teilt in Brüssel mit, dass die EU-Kommission gegen Polen ein Verfahren zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit einleiten wird. Es soll überprüft werden, ob eine systembedingte Gefahr für die Rechtsstaatlichkeit besteht und die Regierung Polens offiziell zu Änderungen aufgefordert werden müsste.
14.01.2016	Auf einer Pressekonferenz in Brüssel unterstreicht EU-Parlamentspräsident Martin Schulz, angesprochen auf seine Kritik an der Politik der polnischen Regierung, dass jeder unabhängig von seiner Nationalität das Recht habe, politische Entscheidungen zu kommentieren und zu kritisieren. Die Kritik an einer Partei gelte nicht pauschal der betreffenden Nation.
15.01.2016	Der stellvertretende Außenminister Konrad Szymański stellt vor dem EU-Ausschuss des Sejm den aktuellen Stand des Dialogs zwischen Polen und der Europäischen Union dar. Hintergrund ist, dass die Europäische Kommission Mitte der Woche ein Verfahren gegen Polen zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit eingeleitet hat. Die Europäische Kommission lege eine weitreichende Überempfindlichkeit gegenüber Polen nach der Regierungsübernahme durch Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) an den Tag, so Szymański. Die Reaktionen auf die Gesetzesnovelle zum Verfassungsgericht ließen fragen, warum die EU nun aktiv werde, während sie in einem ähnlichen Fall in der Regierungszeit der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) keinen Anstoß genommen habe.
17.01.2016	In Breslau wird das Programm der Kulturhauptstadt Europas eröffnet. Die zweite europäische Kulturhauptstadt 2016 ist San Sebastián in Spanien.
18.01.2016	Präsident Andrzej Duda macht seinen Antrittsbesuch in Brüssel bei den EU-Institutionen und der NATO. EU-Ratspräsident Donald Tusk sagt, das Gespräch mit Duda habe gezeigt, dass die Interessen Polens und der EU gleich seien. Er warnte vor »Hysterie« in der Reaktion von Seiten der EU, wo Polen keine Feinde habe.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der über 68.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Das **Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP)** in Warschau ist einer der führenden Think Tanks in Polen und seit 1995 als unabhängiges Forschungszentrum zu grundlegenden Fragen des öffentlichen Lebens tätig. Das ISP kooperiert eng mit zahlreichen Experten und Forschern wissenschaftlicher Einrichtungen im In- und Ausland. www.isp.org.pl

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2016 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen